

Stadtvertretung der Landeshauptstadt Schwerin

Datum: 2019-01-07

Antragsteller: Stadtvertretung/Fraktionen
/Beiräte
Bearbeiter/in: CDU-Fraktion
Telefon: (03 85) 5 45 29 52

Antrag Drucksache Nr.

01689/2019

öffentlich

Beratung und Beschlussfassung

Stadtvertretung

Betreff

Berichts Antrag | zum BAB-14-Anschluss „Schwerin-Süd“

Beschlussvorschlag

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert zu berichten, wie der aktuelle Stand der offiziellen Planungen und wie der Stand der Kommunikation zwischen der Landeshauptstadt Schwerin und dem südlich benachbarten Landkreis Ludwigslust-Parchim hinsichtlich der Anschlussstelle Schwerin-Süd der Autobahn 14 ist.

Darüber hinaus ist darzulegen, ob und welche Bedarfsmitteilungen aus dem Amt Crivitz als auch beispielsweise von Anliegern oder Arbeitnehmervertretern im Industriepark Schwerin vorliegen. Ergänzend dazu sind Stellungnahmen der IHK zu Schwerin und des Unternehmerverbandes West-Mecklenburg einzuholen. Auch sind zu erwartenden Auswirkungen auf Pendlerverkehre, auf künftige Ansiedlungen und Entlastungen für andere Straßen darzustellen.

Der Bericht soll den Mitgliedern der Stadtvertretung spätestens zum 01.05.2019 vorliegen.

Begründung

In der Sitzung am 07.07.2008 hatte die Stadtvertretung einstimmig die Drucksache 02012/2008 „Zustimmung zum Bau des Autobahnzubringers zur Anschlussstelle bei Plate an die A14“ beschlossen. Von Seiten der Verwaltung wurde später, beispielsweise mit der Informationsvorlage „Arbeitsstand Autobahnzubringer zur Anschlussstelle bei Plate an die A14“, zum Sachstand informiert.

Der Bund hatte dem Bau der o.g. neuen Anschlussstelle grundsätzlich zugestimmt. Da neben der Straßenbauverwaltung auch die Landeshauptstadt Schwerin und der Landkreis Ludwigslust-Parchim Straßenabschnitte dieses Gesamtkonzeptes zu planen haben, ist zwischen den Beteiligten bereits vor etlichen Jahren eine Planungsvereinbarung abgeschlossen worden.

Aus Sicht der Antrag stellenden Fraktion ist es an der Zeit, die Stadtvertretung und die Öffentlichkeit zu informieren, wie sich die Planungen weiterentwickelt haben und wie aktuell der Bedarf als auch Vor- und Nachteile von Beteiligten gesehen und eingeschätzt werden.

über- bzw. außerplanmäßige Aufwendungen / Auszahlungen im Haushaltsjahr

Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen im Produkt: ---

Die Deckung erfolgt durch Mehrerträge / Mehreinzahlungen bzw. Minderaufwendungen / Minderausgaben im Produkt: ---

Die Entscheidung berührt das Haushaltssicherungskonzept:

☐ ja

Darstellung der Auswirkungen: ---

☐ nein

Anlagen:

keine

gez. Sebastian Ehlers
Fraktionsvorsitzender